

Barleben/
Niedere BördeRedaktion:
Sebastian Pöttsch (spt), Tel. 03 92 01/
7 05 23, Fax: 03 92 01/7 05 29
sebastian.poetzsch@volksstimme.de

Vom Leuchtturmprojekt zur Nebelkerze?

Nach gemeinsamer Ausschusssitzung am Jersleber See stehen Millioneninvestitionen auf der Kippe

Die zwischen Barleben und der Niederen Börde einst geschlossene Zweckvereinbarung kommt auf den Prüfstand. Das ist das Ergebnis der gemeinsamen Hauptausschusssitzung. Im Detail soll geprüft werden, ob der Betrieb verpachtet werden kann.

Von Sebastian Pöttsch
Jersleber See • Rege sollen am Dienstagabend die Diskussionen während der gemeinsamen Hauptausschusssitzung von Barleben und der Niedere Börde geführt worden sein. Doch am Ende steht ein Ergebnis im schier endlos währenden Grundstücksstreit im Naherholungszentrum Jersleber See. So formuliert es jedenfalls Barlebens Bürgermeister Frank Nase (CDU) nach der Sitzung.

Doch als Lösung kann das Ergebnis wohl eher nicht gewertet werden. Denn wie es mit Badestrand und Campingplatz künftig weitergehen wird, steht noch immer in den Sternen. Laut Frank Nase haben sich beide Seiten darauf verständigt, die zwischen den Gemeinden im Jahr 2006 geschlossene Zweckvereinbarung neu zu betrachten. Mit juristischer Hilfe soll untersucht werden, ob der Betrieb des gesamten Naherholungszentrums durch einen Dritten möglich ist. „Eine Pacht ist vorstellbar“, bringt es der Rathauschef auf den Punkt. Und er erinnert just im selben Atemzug daran, dass diese Idee einst vom Barleber Gemeinderat abgelehnt worden war.

Außerdem sei von den 16 Politikern aus beiden Gemeinden beschlossen worden, künftig „mit einheitlicher Stimme zu sprechen“. Für die bisherigen Differenzen macht Frank Nase „im Wesentlichen ein Informationsdefizit“ aus, das es zu identifizieren gelte. Trotz der Arbeitsgruppen zum Jersleber See habe es unterschiedliche „Informationsgemengelagen“ gegeben - „und dies trotz mehrerer Gespräche mit Camper-Verein, Bürgerinitiative und Politikern aus der Niederen Börde“, räumt er ein, „und trotz maximaler Transparenz“. Etliche Dateien seien übersandt worden: Listen, Studie und Jahresergebnisse.



Während der Sitzung einer Hauptausschüsse von Barleben und der Niederen Börde wurde hitzig diskutiert.

Foto: Ariane Amann

„Wir haben während der Ausschusssitzung dann auch heftig diskutiert - über Notwendigkeit und Richtigkeit der Pläne“, berichtet Frank Nase weiter. „Doch nun sind die Differenzen ausgeräumt.“ Möglichst alle Wünsche sollten berücksichtigt werden. So sollen beide Gemeinden die Zukunft des Jersleber Sees gestalten können. Eine Lösung könnte also die Verpachtung an einen Dritten sein. Die große Frage lautet: Werden sich dieses Mal die Barleber Gemeinderäte umstimmen lassen? Zumindest erst die Zweckvereinbarung überprüft „und auf jetzige Konstellationen überdacht werden soll“, wie sich der Bürgermeister ausdrückt. Ergebnis: Unklar.

„Von einer Umsetzung der Machbarkeitsstudie kann keine Rede mehr sein.“

Barlebens Bürgermeister Frank Nase

Sollten denn tatsächlich die Weichen Richtung Verpachtung des gesamten Betriebes gestellt werden, stellt sich die nächste Frage: Ist dieser denn gewillt, auf fremdem Grund und Boden zu bauen? „Ein Pächter wird wohl nicht neu bauen, eher sanieren“, ist der



An der Wendschleife auf dem Campingplatz am Jersleber sollte eigentlich schon im vergangenen Jahr ein neues Sanitärgebäude entstehen. Doch weil die Niedere Börde das betreffende Grundstück bisher nicht abgeben will, stehen die geplanten Investitionen durch Barleben auf der Kippe.

Foto: Sebastian Pöttsch

Barleber Bürgermeister überzeugt. Und er fügt hinzu: „Von einer Umsetzung der Machbarkeitsstudie kann keine Rede mehr sein.“ Das letzte Wort haben jedoch die Ratsmitglieder.

Nun soll es weitere Treffen beider Hauptausschüsse geben, um die Entwicklung am Jersleber See voranzutreiben. Auch Gespräche mit Camper und Bürgerinitiative kündigte Frank Nase an. Und die von ihm einseitig erklärte Kündigung der Zweckvereinbarung werde außer Kraft gesetzt.

Die Kündigung hatte nicht nur in der Niederen Börde für

Ärger gesorgt, sondern auch hinter den Kulissen in Barleben. „Diese hätte erst gar nicht ausgesprochen werden dürfen“, ist Edgar Appenrodt (Grüne/FWG) überzeugt. Und er ergänzt: „Das hat der Bürgermeister im Alleingang gemacht, obwohl er hätte den Rat anhören müssen.“

Hintergrund des nunmehr fast zweijährigen Streites sind die millionenschweren Investitionspläne der Gemeinde Barleben in das Naherholungsgebiet „Jersleber See“, um das Projekt in die Gewinnzone zu bringen. Damit folgte der Gemeinderat den Vorschlägen

einer zuvor in Auftrag gegebenen Machbarkeitsstudie. Das mehr als 90-seitige Papier wurde von der IFT Freizeit- und Tourismus GmbH, einem Beratungs- und Planungsunternehmen aus Potsdam, erstellt. Demnach ist dem weiteren Verlust der Attraktivität nur mit Investitionen beizukommen. Vorgeschlagen wurde die künftige Positionierung als Premium-Natur-Aktiv-Campingplatz. Möglich sei auch eine schrittweise Weiterentwicklung zum Kurzurlaubs-, Urlaubs- und Freizeit-Resort. Das Kernangebot am Jersleber See soll der Campingplatz mit

Badestelle bleiben. Das Beherbergungsangebot soll ausgebaut und längerfristig auch auf das Winterhalbjahr ausgeweitet werden.

Grundlage für die Entscheidungsgewalt bildet eine im Jahr 2006 geschlossene Zweckvereinbarung zwischen der Niederen Börde und Barleben, da sich Flächen am Jersleber See in Besitz beider Gemeinden befinden. Der Vertrag regelt die Wahrnehmung sämtlicher Aufgaben im Erholungsgebiet durch die Gemeinde Barleben. Rechte und Pflichten waren von der Niederen Börde auf Barleben übertragen worden.

Um die geplanten Maßnahmen am See voranzutreiben zu können - rund 15 Millionen Euro sollen eigentlich in den kommenden Jahren investiert werden - will Barleben Grund und Boden von der Niederen Börde erwerben. So haben die Räte seinerzeit beschlossen, nicht auf fremdem Boden zu bauen. Entsprechende Angebote über einen möglichen Kauf für rund 1,77 Millionen Euro oder eine Erbbaupacht zu einem jährlichen Zins in Höhe von bis zu 89000 Euro liegen bereits seit eineinhalb Jahren vor. Doch die Gemeinderäte der Niederen Börde haben einer Abgabe ihrer Flächen bisher nicht zugestimmt.